



Nr. 186. Mittag-Ausgabe.

Schöpfer Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dienstag, den 22. April 1879.

Deutschland.

Berlin, 21. April. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Prinzen Maximilian von Ratibor die Erlaubnis zur Anlegung des ihm verliehenen Ritterkreuzes des Malteser-Ordens ertheilt.

Se. Majestät der Kaiser und König hat im Namen des Reiches den Kaufmann George de Drusina zum Consul in Paranagua (Brasilien) und den Kaufmann C. de la Camp an Stelle des aus dem Reichsdienste geschiedenen Heinr. Brunn zum Consul in Ceara (Fortaleza) — Brasilien — ernannt.

Se. Majestät der König hat den besoldeten Stadtrath Herrmann in Charlottenburg, der von der Stadtverordneten-Versammlung zu Lissa getroffenen Wahl gemäß, als Bürgermeister der Stadt Lissa auf die gesetzliche Amtszeit von 12 Jahren; ferner den seitherigen unbefoldeten Beigeordneten der Stadt Trier, Commerzienrat Rautenstrauch daselbst, in Folge der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wiederwahl in gleicher Eigenschaft für eine fernere sechsjährige Amtszeit, und in Folge der von der Stadtverordneten-Versammlung zu St. Johann getroffenen Wahl den Fabrikanten und Stadtverordneten Ernst Wagner daselbst als unbefoldeten Beigeordneten der Stadt St. Johann auf die gesetzliche Amtszeit von sechs Jahren bestätigt.

Der bisherige königliche Landbaumeister Frix Bastrau in Berlin ist zum königlichen Bauinspektor ernannt und demselben die seither kommissarisch verwaltete Bauinspektorstelle bei der Königlichen Ministerial-Baucommission verliehen worden. — Der Sanitätsrat Dr. Jacoby ist mit Belastung seines Wohnsitzes in Wittstock zum Kreis-Bundarzt des Kreises Orléans und der praktische Arzt Dr. Hommelshain zu Aachen zum Kreis-Bundarzt des Stadtteiles Aachen ernannt worden. Der Baumeister Johannes Oken in Berlin ist zum Lehrer für mittelalterliche Bautkunst an die technische Hochschule in Berlin berufen worden. — Die Referendarie Dr. jur. Otto und von Holtum aus Düsseldorf sind zu Advocaten im Bezirke des königlichen Appellations-Gerichtshofes zu Köln ernannt worden.

Berlin, 21. April. [Ihre Majestät die Kaiserin-Königin,] welche die alljährliche Frühjahrssitzung in Baden-Baden vorgestern begonnen hat, empfing gestern den Besuch des Großherzogs von Baden.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz.] Höchstwürdiger mit Ihrer Kaiserlichen und Königlichen Hoheit der Kronprinzessin am Sonnabend früh von Wiesbaden nach Berlin zurückgekehrt ist, fuhr an denselben Tage kurz vor 6 Uhr Abends vom Neuen Palais bei Potsdam mittels Extrazuges nach Berlin und wohnte hier der Trauerfeierlichkeit für den Landhofmeister Grafen zu Gulenburg bei. Um 7½ Uhr erfolgte die Rückkehr nach Potsdam.

(Reichsanzeiger.)

○ Berlin, 21. April. [Bundesratsbevollmächtigte zur Verteidigung der Zolltarifvorlage. — Präsident des Verwaltungsraths der Wilhelmspende. — Dementi. — Briefsendungen nach überseeischen Bestimmungsorten. — Anstalten mit der Berechtigung für Avantageur-Zeugnisse.] Auf der Tagesordnung der Bundesratsitzung vom 19ten April befand sich auch die Wahl der Commissarien zur Vertretung des Zolltarifs im Reichstag. Die Wahl ist auf folgende Herren gefallen: Geh. Reg.-Rath Tiedemann von der Reichskanzlei, Geh. Reg.-Rath Burchard vom Reichskanzleramt, Geh. Ober-Reg.-Rath Rothe vom landwirtschaftlichen Ministerium, bayerischer Ministerialrath Mayer und sächs. Geh. Reg.-Rath Böttcher. Die „Wes. Blg.“, welche bereits am 19. über den Ausfall der Wahl ein Telegramm empfing, dessen Angaben von den unrichtigen wesentlich abweichen, ist demnach ungenau berichtet worden. — Offiziell wird geschrieben: Zum Präsidenten des Verwaltungsraths der Wilhelmspende war in erster Linie der Staatsminister Dr. Delbrück in Aussicht genommen; der selbe hat indes mit Rücksicht auf seine parlamentarischen Geschäfte und auf seine alljährliche längere Abwesenheit die Berufung abgelehnt und es ist jetzt von einer anderen, mit Finanzverhältnissen vertrauten Persönlichkeit, welche früher ein hohes Staatsamt bekleidete, die Rede. — Die Mittheilung des „Deutsch. Mont.-Bl.“, der Kaiser habe vor seiner Abreise nach Wiesbaden die Ernennung des Directors der Finanz-Abtheilung im Reichskanzler-Amt, Geh. Reg.-Rath Dr. Michaelis, zum Präsidenten des Reichsinvalidenfonds vollzogen, ist falsch. — Zur Erleichterung der richtigen Leitung der Briefsendungen nach überseeischen Bestimmungsorten ist vom General-Post-Amt die Uebersicht der Post-Dampfschiff-Verbindungen nach außereuropäischen Ländern dahin vervollständigt worden, daß bei jedem der in Betracht kommenden Länder neben den europäischen Einschiffungshäfen auch die deutschen Postanstalten ersichtlich gemacht sind, welchen nach Lage des Aufenthaltsortes die Briefe zur Auslieferung an die betreffende fremdländische Postverwaltung zugeführt werden müssen. — In Preußen haben die Friedr. Werder'sche und die Luisenstädtische Gewerbeschule zu Berlin, in Würtemberg die Realschulen zu Stuttgart, Ulm und Reutlingen die Berechtigung erhalten, vollgültige Abiturienten-Zeugnisse im Sinne des § 3 der Verordnung über die Ergänzung der Offiziere des stehenden Heeres für diejenigen Schüler auszustellen, welche im Latein durch eine Nachprüfung die für die Erlangung der Reifezeugnisse einer Realschule erster Ordnung erforderlichen Kenntnisse nachweisen. Ferner sind die genannten Anstalten berechtigt, Reifezeugnisse für Prima, auf Grund deren die Zulassung zum Portee-Fähnrich erfolgen darf, für diejenigen Schüler auszustellen, welche durch eine Prüfung im Latein die Reife für die Prima einer Realschule erster Ordnung nachweisen.

= Berlin, 21. April. [Die Schuhzöllner. — Tabaksteuer. — Tabakmonopol. — Rücktritt des Viceadmirals von Henk. — Das Strafvollzugsgesetz.] Die Schuhzöllner greifen jetzt zu einer ganz neuen Taktik. Einzelne Reichstagsabgeordnete, welche dieser Richtung angehören, sind aus der Provinz hier eingetroffen und verbreiten, in mehreren Handelskammer-Districten seit man mit dem neuen Zolltarife unzufrieden, weil die Erhöhungen immer noch zu mächtig seien; namenlich ließe sich aus dem Petroleum, Papier u. a. m. bessere Einnahmen erzielen, als es der Tarif thue. Sedenfalls ist diese Art, dem letzteren Freunde zu verschaffen, neu. Wir haben unsererseits an dieser Stelle bereits bei Beginn der Arbeiten der Tabak-Commission wiederholt hervorgehoben, daß die Regierung nicht aufhöre, mit dem Monopol zu rechnen, und es heißt, daß die Erklärungen der Regierung diese Angaben bestätigen werden. Charakteristisch ist jedenfalls, daß man vielfach die Angabe verbreitet, es sei darauf zu rechnen, daß die Interessenten selbst vielfach dem Monopol den Vorzug vor der jetzt eingebrachten Tabaksteuer-Vorlage geben. — Der bevorstehende Rücktritt des Vice-Admirals von Henk macht in weiteren Kreisen sehr großes Aufsehen, welches noch dadurch vermehrt wird, daß man

auch in diesem Falle die üblichen „Gesundheits-Rücksichten“ vorzuschreiben nicht unterläßt. Gerichte, welche sich auf diesen Rücktritt beziehen, waren übrigens schon im Umlauf, als der Marine-Etat den Reichstag beschäftigte. Über die wahren Gründe, welche diesem neuen Vorgang zur Seite stehen, ist Niemand im Zweifel; trotz allem ist, wie uns von bestunterrichteter Seite versichert wird, nichts unrichtiger, als die Annahme, als sei die Stellung des Chefs der Admirälerität irgend wie erschüttert oder daß sich andere höhere Einflüsse jetzt geltend machen, um einem neuen System der Marine-Verwaltung Bahn zu brechen. Man wird im Gegenthell das Richtige treffen, wenn man annimmt, daß gerade in entscheidenden Kreisen die Träger des jetzigen Verwaltungssystems einen besonderen Halt suchen und bis jetzt gefunden haben. — Die Thatsache, daß von den noch unerledigten Reichstagsarbeiten die Justizvorlagen Erledigung finden sollen, dürfte sich nicht auch auf das Strafvollzugsgesetz beziehen. Es ist sehr fraglich, ob man Zeit finden wird, auch diese Angelegenheit abzumwickeln. Schon jetzt machen sich von verschiedenen Richtungen her Ansichten gelind, wonach diese Angelegenheit auch aus andern Gründen besser noch zu vertagen wäre; die Regierung soll jedoch diese Ansicht nicht theilen.

Berlin, 21. April. [Bundesratsitzung.] Der Bundesrat hielt vorigestern eine Plenarsitzung unter Vorit. des Präsidenten des Reichskanzleramts, Staatsminister Hofmann. Nach Feststellung des Protokolls der letzten Sitzungen wurde Mittheilung gemacht über die erfolgte Ernennung von stellvertretenden Bevollmächtigten zum Bundesrat, ferner über den Besluß des Landesausschusses von Elsaß-Lothringen, betreffend die Uebersicht der Ausgaben und Einnahmen u. c. des Landeshaushalts für 1877. Ein Schreiben des Präsidenten des Reichstages, betreffend den Besluß des Reichstags über eine Petition des Magistrats zu Glogau wegen Veräußerung des durch die Festungserweiterung entbehrlich gewordenen Terrains, wurde den beteiligten Ausschüssen überwiesen. Sodann wurde Besluß gefaßt über die Besetzung erledigter Stellen bei den Diagonalenfamilien und über die Entsendung eines Reichs-Commissars für die Weltausstellung in Sidney. — Ausschußberichte wurden erstattet über a) die Besetzung des Reichsgerichts. Die bezüglichen Ausschußanträge wurden genehmigt; b) Liquidationen der preußischen Militärverwaltung, der Reichsseebehörden und Badens über Kosten des Krieges gegen Frankreich. Die Anweisung der betreffenden Beträge als gemeinsame Kriegslosen wurde genehmigt; c) die Uebersicht über den Stand der französischen Kriegslosen-Entschädigung. Die Vertheilung eines Beitrages von 4,500,000 M. unter die Staaten des vormaligen Norddeutschen Bundes wurde genehmigt; d) die allgemeine Rechnung über den Landeshaushalt von Elsaß-Lothringen für 1874. Dem Reichskanzler wurde bezüglich dieser Rechnung Enthaltung ertheilt; e) die Uebersicht der Ausgaben und Einnahmen u. c. des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen für 1877. Die für 1877 nachgewiesenen Staats-Ueberschreitungen und außerordentlichen Ausgaben wurden genehmigt.

[Ausstellung-Commissar.] Mit der Bearbeitung der auf die Ausstellungen in Sidney und Melbourne bezüglichen Angelegenheiten ist der Geheime Regierungsrath Herr Neulauri beauftragt worden. Anfragen und Anträge, welche die Beteiligung an diesen beiden Ausstellungen zum Gegenstand haben, sind an die Adresse des Herrn Neulauri, Wilhelmstraße 74, Berlin W., zu richten.

[Verordnung, betr. die Einberufung der Bezirksvertretung von Lothringen zu einem außerordentlichen Bezirkstage. Vom 19. April 1879.] Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen u. c., verordnen im Namen des Reichs, auf Grund der Gesetze vom 22. Juni 1833, 10. Mai 1866 und 24sten Januar 1873, für Elsaß-Lothringen, was folgt: Die Bezirksvertretung von Lothringen wird zu einem außerordentlichen Bezirkstage berufen, welcher am 28. April 1879 eröffnet und spätestens am 3. Mai 1879 geschlossen wird. Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigem Unterchrift und beigebrudtem Kaiserlichen Siegel. Gegeben Wiesbaden, den 19. April 1879.

(L. S.)

In Vertretung des Reichskanzlers: Herzog. [Verbot auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Oct. 1878.] Das Verbot der vom kommunistischen Arbeitersverein in London herausgegebenen periodischen Druckarbeit „Freiheit“ erstreckt sich auch auf diejenigen Nummern dieses Blattes, welche unter der Aufschrift „Die Nemesis“ zur Ausgabe gelangen.

— ch. Von der sächsischen Grenze, 20. April. [Das Attentat. Leder- und Tabak-Industrie. — Die Oberlausitzer Leinen-Industrie. — Herrnhuter Museum. — Dybin-Museum und „Dywina.“] Der Unfall auf den Wagen des Prinzen Georg, der Anlaß zu dem Gericht von einem Attentat auf den König gegeben hatte, ist, wie sich herausstellt, sehr harmloser Natur gewesen. Einige angefuselte Bauernbuschen haben den Wagen des Prinzen mit dem erwarteten Wagen eines von der Hochzeit heimfahrenden jungen Ehepaars verwechselt, das sie zu „schnüren“ beabsichtigten, wie das dort Sitte ist. — Heute und morgen finden in Leipzig und Döbeln Versammlungen von Leder-Industriellen und Tabak-Interessenten statt, um die neuen Zölle zu besprechen. Da man in industriellen Kreisen überzeugt ist, daß, wenn die Zollpläne durchgehen, das nur auf kurze Zeit sein wird, — was noch nicht ausgemacht ist, da die Zustimmung der Regierung zu einer Herabsetzung der Steuern und Zölle nicht so leicht zu erlangen sein wird, als zur Erhöhung — so beabsichtigte man, dauernde Verbindungen zur gemeinsamen Wahrung der Interessen der einzelnen gewerblichen Branchen zu schließen. — Die Oberlausitzer Leinen-Industriellen rühren sich auch, um den ihnen drohenden Schlag abzuwenden. In erster Reihe sind sie für die Beibehaltung des jetzigen Garnzollsatzes; wenn aber durchaus eine Änderung vorgenommen werden soll, dann verlangen sie mindestens eine andere Gruppierung der Nummern, so daß 1—40 den jüngsten Zoll behält, 41—65 6 Mark, und die höheren Nummern 9 Mark Zoll tragen. Gerade die Nummern unter 40 werden von der oberlausitzer Haushaltsverwaltung vorzugsweise gebraucht, so daß sich der jetzige Zustand für sie nicht änderte. Die Weber betrachten sich als die verrathenen Opfer der Spinner, während die Spinner versichern, daß die von der Tariffcommission vorgeschlagenen Zölle viel zu niedrig sind, um ihnen etwas zu nützen. Neununddreißig Leinenindustrielle haben in Herrnhut getagt und beschlossen, in einer Denkschrift an die Reichstagsabgeordneten die Gefahren für ihre Industrie auseinanderzusetzen, welche der neue Tarif ihr droht. — Das von Apotheker Künne in Herrnhut ins Leben gerufene ethnographisch-historische Museum im Brüderhaus erfreut sich einer recht gedeihlichen Weiterentwicklung. An Ostern ist auch ein historisches Museum in Dybin eröffnet, das der genauen Kenner des lausitzer Gebirgs, Dr. A. Moschau, aus eigenen Mitteln ins Leben gerufen hat. Derselbe zieht jetzt auch eine Zeitschrift „Dywina“ heraus, welche die Kenntnis des lausitzer Gebirgs zu verbreiten sich zur Aufgabe gesetzt hat.

— Schweiz.

Zürich, 19. April. [Der Prozeß gegen den Redac-

teur der „Avantgarde“, Brousse.] Die Schweiz hat wieder einige Sensationsprozesse gelebt. Vor den eidg. Assessen in Neuenburg, unter Vorit. des Bundesgerichtspräsidenten Roguin, erschien der 35jährige Franzose Dr. Brousse, angeklagt der im eidg. Strafgesetzbuch verbotenen Zu widerhandlung gegen das Völkerrecht mittelst Predigten von Aufruhr und Fürstentum in der „Avantgarde“. Die Anklageakte theilt die betreffenden Artikel mit. Das Blatt vertrat mit äußerster Schärfe das anarchistische System: Collectiv-eigentum, internationale Vereinigung von Arbeitergruppen, freie Liebe, gewaltlose Einführung der Republik, am sichersten durch Ermordung der gekrönten Häupter und ihrer Staatsmänner, weshalb auch Robespierre auf Hodel, Nobile und Co. nicht fehlten. Bei Vernehmung der Zeugen entfalteten die Internationalen die möglichste Unverantwortlichkeit. Sie waren überzeugt, daß die Artikel der „Avantgarde“ keine Gefahr für die Schweiz mit sich brächten. Dies versicherten die Mitglieder des Redactionscomites, Guillotin Spichiger und Graveur Schweizer. Letzterer hatte schon kurz vor Unterdrückung des Blattes in einem Artikel seine Verwunderung ausgesprochen, daß das Land Wilhelm Tell den politischen Mord als Vorläufer der Freiheit verabscheue. Der Communarde Brousse war 1873 aus Frankreich nach Spanien entflohen und dann in die Schweiz gekommen; überall trieb er republikanische Propaganda. Seine Artikel in der „Avantgarde“ athmeten die brutalste Energie in beständigem Aufruf zu den Waffen, zum Aufruhr, zum Mord. Der öffentliche Ankläger, Morel, erklärte, daß er nicht gegen die Freiheit, sondern nur gegen die Missbräuche der Presse auftrate. „Man würde die Freiheit schämen, wenn man die Artikel unter ihren Schutz stelle, in welchem die „Avantgarde“ mit gehässiger Wuth alles angreift, was wir am meisten achten: die Religion, die Familie, das Eigentum, das Leben der Individuen. Die Freiheit hört auf, wo das Verbrechen anfängt.“ Die Anklage rüttete sich übrigens nicht gegen die bekannten anarchistischen Theorien, sondern gegen die verbrecherischen Aufrufe zum Aufstand mit bewaffneter Hand und zur Ermordung der benachbarten Monarchen; solche Verleumdung der völkerrechtlichen Pflichten, noch dazu unter Missbrauch des Asyls, könne die Schweiz nicht dulden. Der Vertheidiger Faquin wies auf Brousse's tadelloses Vorleben hin: dieser an Verstand und Wissen reiche Student habe durch seine Ausförderung während der Cholera die Bewunderung von Montpellier hervorgerufen und sei drei Jahre geschäftiger Assistent des Laboratoriums der Chemie in Bern gewesen, wo ihn die Universität zum Doctor machte. Die Reize eines friedlichen Lebens habe er gelehrten Überzeugungen geopfert. Die Anklage sei unklar mit ihrer Unterscheidung zwischen Theorien, die man erörtern dürfe, und solchen, mit denen man ein Verbrechen begehe. Theorien sollten durch Beweise und nicht durch Prozesse bestimmt werden. Obgleich entschiedener Gegner der Lehren Brousses, halte er doch dafür, daß man die Menschen nicht nach dem, was sie sagen, sondern nach dem, was sie thun, beurtheilen müsse. Schriftliche Neuersungen seien keine Handlungen. Artikel 42 des eidg. Strafgesetzbuchs sei deshalb nicht anwendbar, weil von den fremden Mächten keine Klage geführt werden. In früheren Fällen, wie Mazzini und Herzogin von Madrid, habe der Bundesrat keine Anklage, sondern höchstens Ausweisung verfügt. Wie kann man denn auch die Beleidigung eines Monarchen einem Attentat gegen einen solchen an die Seite stellen? Wie kann ein Preszvergehen, das keine Wirkung hat, zu einer Handlung, zu einem Verbrechen gegen das Völkerrecht werden? Die öffentliche Entrüstung, von welcher der Ankläger spricht, darf nicht an die Stelle der Rechtswissenschaft treten.“ Der Vertheidiger forderte die Jury mit Wärme auf, die Freiheit zu schützen, welche nicht nur Verleumdungen und schädliche Lehren, sondern auch deren Zurückweisung und Widerlegung bringe. Der Angeklagte Brousse beschwerte sich, daß der öffentliche Ankläger nicht den Beweis für ein Vergehen gegen das Völkerrecht geführt, sondern bloß den Haß gegen seine (B.'s) Überzeugungen erregt habe. Er entwickelte dann die Lehren der collectivistischen Anarchie, welche nicht die durch Gewalt hergestellte, sondern die freiwillige Ordnung wolle, mit solcher Weitläufigkeit, daß der Präsident ihn an seine eigentliche Aufgabe, die Vertheidigung, erinnern mußte. Brousse erklärte, seine Partei hätte am liebsten friedliche (?) Entwicklung, aber die Geschichte lehre, daß den ungerechten Staatseinrichtungen nur durch gewaltsame Umwälzungen beizutreten sei. Der Königsmord sei nicht die gewöhnliche Taktik der Partei, könne aber dienen, das Volk aufzulösen und aufzurütteln. Redner erinnerte dann an Brutus, Wilhelm Tell, Oresti. Der Präsident entwickelte die Anforderungen des Völkerrechts und stellte den Geschworenen zwei Fragen: Ist der Angeklagte schuldig: 1) mit strafbarer Absicht eine völkerrechtswidrige Handlung begangen zu haben, indem er öffentlich zur Ermordung von Monarchen und Staatsmännern fremder Mächte aufgefordert hat? 2) wissentlich eine völkerrechtswidrige Handlung begangen zu haben, indem er öffentlich zum Aufstand mit bewaffneter Hand und zum Umsturz fremder Staaten und Regierungen aufgefordert und aufgeriezt hat? Nach mehr als dreistündigem Beratung bejahten die Geschworenen die erste Frage mit 11 gegen 1 und verneinten die zweite mit 10 gegen 2 Stimmen. Der Gerichtshof erkannte gegen Brousse auf 2 Monate Gefängnis (der öffentliche Ankläger hatte ein Jahr verlangt), 10 Jahre Verbannung, 200 Fr. Gerichtsgebühr und die Kosten, sowie auf Veröffentlichung des Urteils im „Bundesblatt.“

Frankreich.

○ Paris, 20. April. [Die Wahlen Godelle's und Blanqui's.] — Neues Amnestiedecret. — Der katholische Kongress in der Rue Grenelle St. Germain. — Die Preisverteilung der Gelehrten-Gesellschaften in der Provinz. — Waddington. — Zur rumelischen Frage.] Heute ist der Tag der Stichwahlen für die Deputiertenkammer in den acht Bezirken, in welchen am 6. April keine absolute Mehrheit zu Stande gekommen, aber eine wirkliche Bedeutung ist nur der Abstimmung im 8. Pariser Arrondissement und namenlich derjenigen in Bordeaux beizumessen. In Paris hat sich in den letzten acht Tagen nichts in der Stellung der Parteien geändert. Der einzige Kandidat der Republikaner ist Clémageran und der einzige Kandidat der reactionären Coalition ist Godelle, der es für klug gehalten hat, seine bonapartistische Gesinnung unter einem Mantel von allgemein conservati-

Ueber Färbung zu verstecken und der sich wohl gehütet hat, sich in irgend einer Wahlversammlung unbescheidenen Fragen der Wähler auszusezen. Dank diesem Verhalten erleichterte er es den Legitimisten und Orleanisten, für ihn zu stimmen und seine Anhänger glaubten sich des Erfolges gewiß. Irgend welche bedeutende Folgen für die Entwicklung der politischen Zustände könnte aber sein Sieg nicht herbeiführen. Sein Eintritt in die Kammer würde die kleine Minderheit nur um eine Stimme verstärken. Anders sieht es mit der Wahl in Bordeaux, wo der Gambettist Laverrieron und Blanqui einander gegenüberstehen. Der Triumph Blanqui's wäre jedenfalls ein Unglück für die französische Republik, denn er würde nothwendig die schon in der letzten Kammeression eingetretene Spaltung zwischen den verschiedenen republikanischen Fractionen erweitern, er würde die Annahme der radicalen Ultras steigern und würde die Republik vielen Franzosen wie dem Auslande verdächtig machen, es sei denn, daß die Regierung und die Mehrheit der Deputirtenkammer sehr energisch die Wähler von Bordeaux zur Beobachtung der Gesetzmäßigkeit anhielten. Wie es scheint, ist den guten Leuten in Bordeaux die Wichtigkeit, welche ihre Stadt durch Blanqui's Candidatur gewonnen hat, ein wenig zu Kopfe gestiegen. Ihre gascognische Natur kommt zum Vorschein und sie sezen einen Stolz darein, von sich reden zu machen. Gewiß ist, daß man Anfangs in Bordeaux selber nicht entfernt an die Möglichkeit des Sieges für Blanqui gedacht hatte und daß man sehr erstaunt war, als derselbe über 3000 Stimmen erhielt. Erst als die Bordelaisen die Augen der ganzen Welt auf sich gerichtet sahen, wie das Blanqui'sche Comité sich pathetisch ausdrückt, kamen sie auf den Gedanken, daß sie eine historische That ausführen könnten, und so wird möglicherweise die Geschichte Frankreichs heute Abend eine neue kolossale Dummheit einzuregistriren haben. Der Justizminister hat gestern dem Präsidenten Jules Grévy ein neues Amnestiedecret unterbreitet, welches nicht weniger als 800 Verurthelte begnadigt. Blanqui ist aber nicht darunter und die gestrige Behauptung des „Gaulois“, daß der Gefangene von Clairvaux bereits amnestirt sei und sich heute in Freiheit befinden werde, ist unverzüglich von offiziöser Seite entschieden dementirt worden. — Der katholische Congréß der Rue Grenelle St. Germain setzt seine Sitzungen in gewohnter Weise fort. Ein anderer Congréß von sehr verschiedenem Charakter, der seit Kurzem in der Sorbonne tagte, ist gestern zum Abschluß gekommen. Wie alljährlich hatten sich an dem Siege der Pariser Universität die Vertreter der Gelehrten-Departements-Gesellschaften versammelt und ihre Conferenzen schlossen mit einer Preisvertheilung, bei welcher der Unterrichtsminister Jules Ferry den Vorsitz führte. Jules Ferry hielt eine lange, mit lebhaftem Beifall aufgenommene Rede, worin er die Entwicklung, welche die Gelehrten-Gesellschaften in den Provinzen seit der Gründung ihres Verbandes unter dem Kaiserreich genommen, darstellte und den unabhängigen wissen-

haftlichen Sinn dieser Vereine lobte. In den 17 Jahren, während deren sie mit der Universität in Verbindung stehen, hat ihre Zahl sich von 200 auf 300 gehoben. Von 1862 bis 1870 gründeten sich einige 30 neue Gesellschaften; seit der Entstehung der Republik aber einige 60. Der Redner machte dies als ein Verdienst der Republik geltend und nicht minder hob er es als ein Verdienst der republikanischen Regierung hervor, daß sie die Freiheit und Unabhängigkeit aller dieser Vereine vollkommen achte, während die Männer des Kaiserreichs ihrer sonstigen guten Absichten ungeachtet vielleicht nicht gerade die Freiheit der Gelehrten-Gesellschaften im Auge hatten. Zum Schluß kam dann der Minister auch auf eine Angelegenheit zu sprechen, die ihm allerdings besonders am Herzen liegen muß, auf seinen Kampf gegen den Clericalismus nämlich und auf seine Unterrichtsgesetze. Er leugnete entschieden, daß die von den Ultramontanen verlangte sog. Unterrichtsfreiheit mit der nationalen Einheit bestehen könne, deshalb werde er allem Geschrei und Schimpfreden, allen Sophismen und allen Petitionen zum Trotz auf der Wiederherstellung der verkannten Staatsrechte in Sachen der Erziehung bestehen. — Herr Waddington ist gestern erst nach dem Aisne-Departement abgereist, um dort die Session des Generalraths zu eröffnen. Die Besprechungen wegen der egyptischen Angelegenheit hatten ihn bisher in Paris festgehalten. Seine Abwesenheit wird etwa 8 Tage dauern. — Die Gambetta'sche „Republique“ erhebt sich heute gegen das von der „Times“ und dem „Tempo“ ausgesprengte seltsame Gerücht, daß die Rede davon sei, einen Franzosen und zwar den zweiten französischen Commissar in Rumelien, Herrn de Coutouly, den ehemaligen Correspondenten des „Tempo“, zum Generalgouverneur von Rumelien zu ernennen. Die „Republique“ hält dafür, daß man

mit diesem Vorschlage Frankreich eine Ehre erweise, die es keineswegs annehmen möchte, und sie macht bei diesem Anlaß die Bemerkung, daß im Allgemeinen, ohne specielle Anspielung auf de Coutouly, die französischen Agenten im Orient sich ein wenig zu sehr von ihren eigenen Ideen leiten lassen und nicht streng genug die Instructionen beobachten, die ihnen von der Centralregierung erteilt werden.

Provinzial - Zeitung.

8 Breslau, 21. April. [Schwurgericht. — Urkundenfälschung.
— Raub.] Der 26 Jahr alte, bisher unbestraftie Viehhändler Carl Wilde aus Breslau hat die Leichtgläubigkeit und sträfliche Zuneigung einer 51jährigen Frau, der Eisenwarenhändlerin und Stadthebamme Pauline Grundmann, geb. Becker, in frechster Weise zu Urkundenfälschungen und Betrügereien missbraucht. Wilde lernte die G. vor etwa 3 Jahren im „Zeltgarten“ kennen. Der Ehemann der G. besitzt in der Leibnizstraße ein kleines Eisenwarengeschäft. Dorthin kamen nun zu verschiedenen Malen Carl Wilde und sein Bruder, der Kaufmann Franz Wilde. Sie laufsten stets einige Kleinigkeiten. Ihre Besuche wußten sie aber so einzurichten, daß sie nie mit dem Ehemann der G. zusammentrafen. — Gelegentlich einer Anfrage im September 1877, zu welcher Zeit W. der Frau G. die Mittheilung gemacht, daß er bedeutende Summen beim Viehhandel verloren, erfuhr R. daß der Ehemann der G. kein Geld verbrae-

verloren, erfuhr W., daß der Chemann der G. kein Geld verborge, wohl aber 1650 Mark als Spareinslage in einer hiesigen Bank habe. W. erklärte, er würde sich anderweitig Geld verschaffen, doch möge Frau G. den Namen ihres Mannes auf zwei Papiere setzen. Dies that Frau G. auch wirklich. Eines dieser Wechsel-Schemas — denn solche waren es — füllte W. in Höhe von 200 Mark aus, setzte seinen Namen als Aussteller und Girant darauf und versilberte das auf vier Wochen Umlaufszeit gestellte Papier an den Kaufmann Isidor Blumenthal hieselbst für die Summe von 150 Mark. — Anfang October suchte W. aufs Neue Geld zu erlangen, da der Wechsel fällig war. Frau G. gab den eindringenden Bitten nach und händigte das Abrechnungsbuch der Bank aus, damit W. 200 M. darauf erheben könne. Gleichzeitig acceptierte sie wiederum 2 Wechsel-Blanquets, welche W. angeblich zur Prolongation bedurfte. W. entnahm dem Abrechnungsbuch anstatt der bewilligten 200 gleich 1400 M. Das Geld werde bestimmt zu Neujahr zurückgezahlt, damit beschwichtigte er die Bedenken der Frau G. In dem Bankhause unterschrieb W. die Quittung in folgender Weise: „Im Auftrage des W. Grundmann C. Wilde.“ Die Ausfüllung des Wechsel-Blanquets verlangte W. von jetzt ab in immer kürzeren Fristen; nie war es ihm möglich, die Schuld zu bezahlen. Auf diese Weise mag er vielleicht an zwanzig Wechselacepte von der Frau erhalten haben. Einen Theil derselben mußte er zu Prolongationen verwenden, auf einige erhielt er unter Abzug der üblichen Procente Geld vom Kaufmann Noa aus Dyhernfurth und Agenten Tatige aus Breslau. Bei der im Juni 1878 vorgenommenen Verhaftung des W. lamen 9 solcher Wechsel zum Vorschein, sie lauteten auf 4 Wochen oder meist gar nur auf 10 Tage und stiegen serienweise um je 30 Mark, was wohl zweifellos die Prolongationszinsen bedeuten sollte. Die Wechselsummen betrugen 360, 390, 420, 330, 420, 340, 420, 340 und 355 Mark. W. begnügte sich nicht mehr mit den Wechsel-

Blanquets, sondern suchte immer aufs neue Geld zu erpressen. Zunächst holte ihm Frau G. selbst noch 150 Mark aus dem Bankhause und borgte sich für ihn von einer Bekannten im Ganzen 350 Mark; ferner wurden angeblich auf Prolongationszinsen für den immer noch nicht eingelösten Wechsel bei Blumenthal 70 M. aus dem Abrechnungsbuche entnommen, bei Verwandten 50 und 81 M. aufgeborgt — doch W.'s Geldbedürfnis hörte trotzdem nicht auf. Endlich erfuhr der Chemann der G. das ganze Verhältnis durch den Schneidermeister Steinkopf, bei welchem die Brüder Wilde einige Monate gewohnt hatten. Um das Maß voll zu machen, erhielt G. eine Wechselleague aus einem der oben erwähnten Accepte. Schon wollte er seine Unterschrift abschwören, unterließ dies aber, als er hörte, daß dann seine eigene Frau wegen Wechselfälschung in Untersuchung kommen würde und bezahlte die eingelagerte Summe. W. leugnet, sich strafbar gemacht zu haben. Es mußte deshalb zur Vernebmung der Beugen, also auch des G'schen Chepaars geschritten werden. W. vermeidet es sorgfältig, dem Blicke der Frau G. zu begegnen. Ihre Angaben ließen keinen Zweifel an seiner Schuld aufkommen. Der Vertheidiger beantragte mildernde Umstände. Die Geschworenen billigten bei allen neun, die Wechselleague betreffenden Fragen mildernde Umstände zu, verneinten dieselben aber bei Frage wegen der in dem erwähnten Bankhause erhobenen 1400 M. mit 7 gegen 5 Stimmen. Der Gerichtshof ergänzte diesen Spruch durch „Nein.“ W. wurde nach dem Antrage des Staatsanwalts, Herrn Professor Dr. Fuchs, zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus, 2 Jahren Ehrverlust und Bußlängigkeit von Polizeiaufsicht verurtheilt.

Am 11. September 1878 war in Sulau Viehmarkt. Die Stellenbesitzer Weber'schen Cheleute aus Klein-Weterwitz begaben sich am Tage zuvor nach dort, um eine Kuh zu kaufen. Den Betrag hierfür, 216 Mark, trug Frau Weber in einem Leinwandbeutel und in das Taschentuch gewickelt in der Tasche ihres Rodes. In der Nähe der Försterei im Brausnitzer Stadtwald traf ein Mann mit ihnen zusammen. Diesem theilten sie auf Befragen den Zweck ihrer Reise mit. Der Mann gab vor, gleichfalls nach Sulau zu gehen. Hinter Groß-Kaschütz stellte sich heraus, daß die drei Personen einen falschen, ihnen unbekannten Weg eingeschlagen hatten. Um auf die Dammerwitzer Straße zu gelangen, schlugen sie den Weg über die Felder ein. Nach etwa 400 Schritten mußten sie einen Graben überspringen. Frau W. verlor bei dem Sprunge das Paket mit dem Gelde. Ihr Chemann bemerkte dies, hob das Geld auf und steckte es zu sich. Dies ging so schnell, daß ihr Begleiter nichts davon gewahr geworden war. Kaum über dem Graben angelommen, packte der Fremde die Frau und schlug sie mit der geballten Faust so bestig vor die Brust, daß sie zur Erde fiel und liegen blieb. Der Räuber packte nun den Mann am Halse und brachte ihn zu Boden. Während er auf Weber kniete und ihn mit der linken Hand würgte, suchte er mit der rechten Hand in den Hosentaschen des Angefallenen. Obgleich W. sich bestig sträubte, besaß der Räuber doch so viel Kraft, ihm das Geld zu entreißen. Dann erging dieser die Flucht. Es gelang bald, den Thäter in dem 30 Jahre alten, bisher unbestraften Tagearbeiter David Wuttige aus Katholisch-Hammer zu ermitteln. Der Beschuldigte wurde von dem Verhafteten auf das Bestimmteste wiedererkannt; er besaß noch den grünen Theil der gestohlenen Summe, trotzdem leugnete er die That. Sein Alibi bemis misglückte jedoch gänzlich. W. fand sich später bewegen, ein ausreichendes Geständniß abzulegen. Er wiederholte dies Geständniß vor den Geschworenen. Da Herr Staatsanwalt, Prof. Dr. Fuchs, die von der Vertheidigung in Antrag gebrachten mildern- den Umstände nicht zubilligte, hatten die Geschworenen über diesen Antrag zu entscheiden. Ihr Spruch fiel ungünstig für den Angeklagten aus. Der Gerichtshof erkannte wegen Raubes auf 2 Jahr Zuchthaus und die Nebenkosten.

s. Waldeburg, 20. April. [Vom Kreistage. — Organ des Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen im Kreise Waldeburg. — Apriljahrmarkt.] Auf dem letzten Kreistage sind u. a. folgende Beschlüsse gefaßt worden: 1) die seitens der Kreistagsabgeordneten der Stadt Waldeburg hinsichtlich der Erleichterung der Städte in der Beitragspflicht zu den Kreisabgaben bzw. Befreiung der Städte von Beiträgen zu den Kosten für die Verkehrsanlagen und für das Kreiskrankenhaus gestellten Anträge abzulehnen; 2) die bisherigen Kreisschulden in eine einheitliche Kreisschuld umzuwandeln; 3) dem Dr. Petruschky für die stellvertretende Wahrnehmung der Geschäfte des Kreiskrankenhaus-Arzes im vorigen Jahre eine Remuneration von 200 Mark und 4) dem Rettungshause in Micheldorf, Kreis Landeshut, eine einmalige Unterstützung von 300 M. zu gewähren. — Das Organ des Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen im Kreise Waldeburg: „Der Feierabend des Arbeiters“ enthält in seiner ersten Nummer das Programm, unter welchem es die ihm zugehörige Aufgabe zu erfüllen gedenkt. Hier nach soll 1) den Arbeitern über locale Vorgänge im Kreise, die für sie von speciellem Interesse sind, Mittheilung gemacht, 2) den Lesern des Blattes durch entsprechende Mittheilungen über den Arbeitsmarkt im Kreise Nutzen geschafft und 3) durch Beprechung praktischer Fragen dem Arbeiter nach Möglichkeit mit Rat und Hilfe gekommen werden. Vor Allem aber will das Organ durch belehrende, die sociale Frage betreffende Artikel die Arbeiter des Kreises zu überzeugen suchen, daß sie Trost und Hilfe gegen so mancherlei Not und Bedrängniß nur in einer verständigen und vorurtheilsfreien Prüfung der Dinge, wie sie sind, finden werden und daß Jedermann am Besten thut, die sociale Frage für sich selbst, für sein Haus, für sein Weib und seine Kinder zu lösen. — Der diesjährige Apriljahrmarkt, der im Laufe dieser Woche hier abgehalten wurde, war der erste, der nach den seitens der Behörden festgesetzten Bestimmungen nur einen Tag dauerte. Der Absatz der Verkaufsartikel war in Folge der ungünstigen Witterung ein höchst unbedeutender.

S Striegau, 20. April. [Postalisches. — Communales.] Infolge der von Jahr zu Jahr sich mehrenden Einwohnerzahl und des stetig wachsenden Verkehrs haben sich schon seit längerer Zeit sowohl die für die dienstlichen Zwecke, wie auch die für das abzufertigende Publizum bestimmten Räume des jetzigen, auf der Güntherstraße belegenen Postamtes als nicht mehr ausreichend erwiesen. Die hieraus entstehenden Uebelstände sind nunmehr auch der Ober-Postbehörde bekannt geworden und es liegt in der Absicht derselben, in wirksamer Weise eine Abhilfe herbeizuführen. Zu diesem Zweck soll am 1. Juli t. J., an welchem Tage der bisherige Mietkonscontract außer Gültigkeit tritt, eine anderweitige Ausmietung der Postanstalt stattfinden. Sollte sich kein Unternehmer finden, welcher ein eigenes für die Post bestimmtes Gebäude erbaut, so würde von den bereits ernstlich in Erwägung gezogenen Projecten dasjenige den Vorzug verdienen, welches das Kaufmann Wohl'sche Besitzthum betrifft. Dasselbe entspricht in seiner ausgezeichneten Lage im Mittelpunkt der Stadt, in seinen hellen und gesunden Localitäten und in der Größe der für das Publizum und den Paket-Verkehr verfügbaren Räume vollständig den Anforderungen, welche an ein neues, den allseitigen Interessen dienendes Postamt zu stellen sind. Seitens der kaiserlichen Ober-Postinspektion hat bereits eine Besichtigung dieser Räume stattgefunden. — Der erste seit kurzem hier amtierende Polizei-Commissionarius Springer ist als Supernumerar an die Königliche Regierung zu Breslau versetzt worden. Es ist somit die dritte Vacanz, welche hierdurch innerhalb eines Jahres in der oberen Leitung des hiesigen Polizeiwesens eintritt. — Für die Stelle eines Sparkassenbuchhalters haben sich 89 Bewerber gemeldet.

—r. Namslau, 21. April. [Secundärbahnen.] Nach einer Mittheilung der „Breslauer Zeitung“ (Nr. 181) scheint das laufende Jahr für die deutschen Secundär- resp. Localbahnen ein bedeutungsvolles werden zu sollen. Allein in Thüringen sind die Vorbereitungen für nicht weniger als sieben solcher Bahnen im Gange. Aus den Mittheilungen, welche darüber in Fachblättern gemacht werden, geht hervor, daß eine sorgfältige Projektirung und die überaus günstigen Conjecturen für alle Eisenbahnbeförderung es jetzt ermöglichen, selbst einschließlich des Grunderwerbs, aber ohne Betriebsmittel, sogar in hügeligem, unebenem Terrain für 42,000 bis 50,000 M. den Kilometer normalspurige Localbahnen mit Stahlrohrbau herzustellen. Jedenfalls müßte dieser Umstand wie für andere, so auch für die hiesige Gegend ein Sporn sein, die Zeit auszunützen und an die Herstellung der gleichen Bahnen, die im preußischen Abgeordnetenhouse Herr Ridert seit Jahren mit Wärme und Sachkenntniß empfohlen hat, ernsthaft zu denken. Bereits ist mehr als ein Jahr verflossen, seit der „Breslauer Zeitung“ von Brieg aus die Nachricht zinging, daß in Brieg ein Comite zusammengetreten sei, welches die Herstellung einer Secundärbahn von Brieg über Namslau und Reichthal nach Kempen bezwede und von hervorragender Seite wurde damals wiederholt betont, daß die Herstellung einer solchen Bahn nur noch eine Frage der Zeit sein könne. Es erübrigts wohl, darauf hinzuweisen, welch' große Tragweite eine solche directe Verbindung zwischen Polen und Oesterreich via Kempen-Namslau, Brieg, vielleicht mit einer Erweiterung bis Strehlen haben müßte, und wie grade in der gegenwärtigen Nothlage der Bau einer solchen Bahn dem Arbeiterstande zu Hilfe käme. Es ist daher unbegreiflich, daß diese für sämtliche beheimatete Kreise gleich hochwichtige Angelegenheit so lange auf die allerersten Maßnahmen beschränkt geblieben ist und irgend einen Fortgang nicht er-

halten hat. Grade aber die Stadt Vrieg dürfte das größte Interesse haben, diese Angelegenheit wieder in die Hand zu nehmen und mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu fördern, wozu unser gegenwärtiger Reichstags-Abgeordneter Herr Landrath a. D. Baron v. Ohlen gewiß gern die Hand bieten und seinen Einfluss geltend machen würde.

Mittheilungen aus der Provinz Posen.

k. Nawitsch, 20. April. [Kreis-Ersatz-Geschäft. — Suppen-Verein. — Theater. — Sängerfest. — Weiter.] Das Kreis-Ersatz-Geschäft findet in unserm Kreise in diesem Jahre in der Zeit vom 26. April bis zum 7. Mai statt. — Der hiesige Suppen-Verein hat vom 20. Januar bis zum 21. März d. J. 200 Portionen Suppe an hilfsbedürftige Arme vertheilt. Die Einnahme des Vereines betrug 436 Mark. — Den zweiten Osterfeiertag gaben Dilettanten zum Besten des Bürger-Besorgungs-Vereins eine Theater-Vorstellung. Die Einnahme betrug 331 Mk., die Umlosten beliefen sich auf 150 Mk.; es können demnach 181 Mk. an die Vereinskasse abgeführt werden. Die Aufführung war in allen Theilen eine sehr gelungene, daß auf vielseitiges Verlangen dieselbe heute zum 2. Male und zwar diesmal zum Besten des Frauen-Vereins und für jüdische Arme gegeben wird. — Den 5. und 6. Juli d. J. findet hier das Posener Provinzial-Sängerfest statt. Es werden dazu bereits jetzt die umfassendsten Vorbereitungen getroffen. Das gefällige Entgegenkommen der Bürgerschaft bei dem letzten Sängerfeste 1862 läßt das Fest-Comite hoffen, daß auch diesmal die Stadt Alles aufbieten werde, damit den Gästen der hiesige Aufenthalt in angenehmer Erinnerung bleibe. — Der scharfe Südwest der letzten Tage hat uns gestern Vormittags und die vorhergehende Nacht Schneefall gebracht.

— d. Breslau, 20. April. [Constitutionelle Bürger- (Freitag) Resource] Am vergangenen Sonnabend fand im Breslauer Concert-hause die ordentliche und gleichzeitig eine außerordentliche Generalversammlung statt. Der Vorsitzende, Rechnungs-rath Aßmann, eröffnete dieselbe mit einem kurzen geschichtlichen Rückblick auf das abgelaufene Resourcejahr. Hierauf erstattete der Schatzmeister der Resource, Rendant Winkler, den Kassenbericht. Nach demselben betrug die Gesamtneinnahme rund 8531 M., die Gesamttausgabe 8071 M. (darunter 4320 M. für Musik bei 48 Concerten), mithin verbleibt ein Bestand von 460 M. Mit den Ersparnissen aus den Vorjahren in Höhe von 4716 M. beläuft sich der Gesamt-Kassenbestand auf 5175 M. Nach Erledigung der von der Revisions-Commission zur Jahresrechnung gezogenen Notizen wurde dem Schatzmeister Decharge ertheilt. Die statutenmäßig ausscheidenden Vorstandsmitglieder: Kunsthändler Karßch, Oberbeamter der Schles. Feuerversicherungs-Gesellschaft Amann, Rittergußbesitzer Miliestki, Lehrer Haberstrohm, Königl. Steuer-Inspector, Vermessungs-revisor und Rechnungs-rath Gause, Gasanstalts-director Braun und Lehrer der höheren Töchterchule Hanke wurden wieder- und Standesbeamter-Stellvertreter Weiß neugewählt. Die Wahl von Kassen- und Rechnungs-revisoren fiel auf die Herren: Regierungs-Hauptkassen-Buchhalter Czernitsberg, Rath's-Secretär Spel und Stadtgerichts-Calculator Schuster. Zu Commissionsmitgliedern wurden gewählt: Kanzleirath Karßch, Eisenbahn-Güter-Expeditions-vorsteher Neugebauer, Fabrikant Pätzolt, Buchhalter der städtischen Sparkasse Westphal, Fabrikdirector Thieme, Reichsbankbuchhalter Wundrich und Maurermeister Tritsch. — Demnächst wurden auf Antrag des Vorstandes 200 Mark für die Verunglückten in Szegedin, 300 M. für die Verunglückten in Schwedt und 500 M. für das Kinderheim und auf Antrag eines Mitgliedes noch 300 M. für die armen Waldbewohner des Speßart aus dem Reservefonds der Gesellschaft bewilligt. — Zur würdigen Feier des goldenen Che-Jubiläums unseres Kaiserpaars wurden dem Vorstande 600 M. aus dem Reservefonds von der Versammlung zur Verfügung gestellt. — Nachdem dem Vorstande für die verdienstliche Leitung der Geschäfte der gebührende Dank ausgesprochen worden, wurde die Versammlung geschlossen.

—d. Breslau, 19. April. [Bezirksverein für den östlichen Theil der inneren Stadt.] Mittwoch, den 23. April, Abends 8 Uhr, findet im „Stadtpark“ eine Vereinsversammlung statt, zu der jedoch Gäste nicht Zugriff haben. Auf der Tagesordnung stehen: Geschäftliche Mittheilungen, Erstattung des Rechenschaftsberichts für die Zeit vom 1. October 1878 bis 31. März 1879, Neuwahl von 5 Mitgliedern des Vorstandes (nach § 8 des Statuts), Vortrag des Herrn Dr. Krebs über „stürmische Tage aus Breslau's Vergangenheit.“ Berichtsangelegenheiten und Fragestunden. — Der Geschäftsbericht constatirt, daß der Zweck des Vereins: das Interesse an unserem communalen Leben in den Bezirksgenossen in jeder Weise zu wecken und lebendig zu erhalten, auch während des vergangenen Halbjahres wieder gefördert worden ist. Die Vereinsversammlungen waren immer recht zahlreich besucht. Über die Thätigkeit des Vereins haben wir eingehend in unseren Referaten über die einzelnen Sitzungen berichtet. Die Zahl der letzteren betrug 7, während der Vorstand 15 Sitzungen abhielt. Am 1. October 1878 betrug die Zahl der Mitglieder 664. Im Laufe des letzten Halbjahrs schieden aus 30, dagegen traten ein 234, so daß der Verein gegenwärtig 868 Mitglieder zählt. Die Kasseneinnahme betrug 1598 M., die Ausgabe 1070 M., so daß ein Kassenbestand von 528 M. verbleibt (davon sind 400 M. in einem Sparkassenbuch des Vorschußvereins zinsbar angelegt). Zum Schluß bringt der Bericht ein Verzeichniß der Mitglieder, sowie der im Vereinsbeamte liegenden Stühlen und Plätze.

L. St. Breslau, 21. April. [Bezirks-Fortschrittsverein.] In der Versammlung am vorigen Sonnabend hielt Herr Referendar Hugo Sachse seinen angekündigten Vortrag über „Ein Gang durch die neue Gerichtsordnung.“ Derselbe schilderte in seinem über 1½ Stunden währenden Vortrage die Veränderungen, die mit dem 1. October d. J. in der Organisation der Gerichte und in den Prozeßsachen, sowohl bei Civilsachen, wie Strafsachen eintreten werden. Die Aufschaulichkeit der Darstellung wurde wesentlich dadurch erhöht, daß der Vortragende das neue Verfahren an praktischen Beispielen erläuterte und namentlich das Amtsgerichtsverfahren an einem fingierten Verfahren von der Erhebung der Klage bis zur Zwangsvollstreckung schilderte. Als markante Punkte des Amtsgerichtsverfahrens sind sonach zu bezeichnen: die Berechtigung, sich durch jede prozeßfähige Person vertreten zu lassen, die Leichtigkeit, selbst wenn der Verklagte ein Rechtsmittel ergreift, einen vollstreckbaren Rechtstitel zu erlangen (durch die vorläufige Erfordernis-Erläuterung der Ersennisse) und die Möglichkeit, selbst wenn über die anderen Punkte noch instruit wird, wenigstens einen Theil des Anspruches durch Theilurtheil realisiren zu können. Nachdem der Vortragende hierauf das Landgerichtsverfahren (Ainwaltzwang, sofortige Ansetzung des Audiencetermins auf die Klage) charakterisiert, wendete er sich der neuen Concursordnung zu, erwähnt eingehend die veränderte Stellung des Verwalters, der nunmehr von dem Gläubiger-Ausschuß abhängig sein wird, die Beschränkung der administrativen Thätigkeit des Gerichts, den großen Einfluß, den nunmehr die Gläubiger durch Schaffung eines Gläubiger-Ausschusses auf die Realisirung der Maße nach ihren Intentionen ausüben werden, und schloß mit der Darstellung der neuen Strafprozeßordnung, wobei das Institut der Schöffengerichte eine eingehende Beachtung erfuhr. Dem fesselnden, äußerst populär gehaltenen Vortrage, dem die Anwesenden unter gewannter Aufmerksamkeit folgten, wurde alleitig der lebhafteste Beifall gezollt. Hierauf wurde über den Antrag Tropowitz und Genossen, an den Reichstag eine Petition zu senden, welche sich gegen jeden Zoll auf Lebensmittel und solche Industriezweige, deren Fortbestehen durch einen neuen oder erhöhten Zoll gefährdet würde, aussprechen solle, verhandelt. Nachdem der

Auftragsteller seinen Antrag motiviert, wurde dieser nach kurzer Debatte mit allen Stimmen gegen eine angenommen.

Schlesische Gesellschaft für vaterländische Cultur. Geographische Section.

In der Sitzung am 2. April hielt Herr Dr. Wernich, welcher zwei Jahre an der von der japanischen Regierung eingerichteten medicinisch-chirurgischen Akademie in Yedo (Tokio) als klinischer Lehrer und Hospital-Dirigent thätig war, einen Vortrag über die räumliche Ausbreitung der europäischen Einflüsse in Japan. Man könne, fügte Redner aus, leicht zu der Vorstellung gelangen, als breite sich die europäische Cultur wie ein mächtiger Strom über das ganze Land aus, als würde sie vom ganzen japanischen Volke begierig angenommen. Doch erweise sich dies als irrtümlich. Nicht der active oder passive Widerstand des gemeinen Mannes gegen die Neuerungen ist es, der diesen Schranken zieht; die Japaner gegen den Standes halten es, nachdem einmal die Regierung in consequenter Weise die Fremden protegiert, für ungünstig, diesen entgegen zu treten. Es finden sich vielmehr Hindernisse einmal in der chinesischen Schulung, welche auf dem sonst lebhaften und empfänglichen Geiste der Japaner lastet; auch die durch eine unzureichende Erziehung (Reis), — wohl auch durch klimatische Einflüsse — im Gange schwächliche und kurzlebige Constitution der Japaner glaubt der Vortragende in diesem Sinne verantwortlich machen zu müssen.

Zwischen dem wurde der Europäismus bereits viel mehr Terrain gewonnen haben, wenn nicht in gewissen Bodenverhältnissen Japans große Schwierigkeiten gegeben wären. Durch eine Betrachtung der Karte ergebe es sich bereits, wie sehr der Verkehr durch den mittleren Gebirgsstock der Insel Nippon und durch die überall an die Küsten herantretenden Bergzüge gehemmt werden müsse. Besonders ungünstig ist in dieser Beziehung auch die Beschaffenheit der meisten Flüsse, welche bei ihrer Kurze, ihrer unregelmäßigen Wasserfüllung und dem Mangel ebener Flusshäfen eine Regulirung kaum zulassen. Sie bilden daher nicht Verkehrsadern, sondern Verkehrs-hindernisse; nur wenige große Landstrassen, unfahrbare Haupt- und sehr schmale Vicinalwege bewirken eine nur mangelhafte Landverbindung; in gewissen Gebirgsgegenden scheinen zwei Menschen immer nur erschaffen zu sein, um den dritten zu tragen. — Am ungünstigsten wirkt indeß das Verhältniß der Berge zu den Häfen, welche fast sämmtlich durch Bergzüge gegen das Land hin abgeschlossen werden. Der Vortragende schildert nun die Hafenorte Yokohama, Nagata, Nagasato, Kobe, Hiozo, Yotsuka und Yokohama, die fertiggestellten Eisenbahntrecken und die Terrainschwierigkeiten, mit welchen man bei ihrer Anlage zu kämpfen hatte. — Von dem unbedingt bedeutendsten Hafenorte, der als eigentlicher Ausgangspunkt der europäischen Einflüsse betrachtet werden muß, von Yokohama aus, unterscheidet er fünf Zonen: die europäische Stadt Yokohama, das japanische Yokohama, die Hauptstadt Tokio, die hinter dieser liegende Ebene, und endlich das Bergland, in welchem sich die Bekanntheit mit den Europäern und ihr Einfluß successiv bis auf Spuren vermindert. Doch sei das Reisen jetzt überall ungefährlich und die Innere zu verschiedenen Zwecken durchreisenden Europäer leben zwar mit einem gewissen Culturnhunger aber ungefährdet zu den Ausgangspunkten zurück. — Redner wünscht nicht, die Bestrebungen der japanischen Regierung herabzusehen, macht aber darauf aufmerksam, daß alle Orte, aus denen besondere Culturnschritte gemeldet werden, noch immer in unmittelbarer Nähe der Küsten ausgeführt werden müssen.

Der Sekretär der Section, Prof. Dr. Galle, legte zur Ansicht vor: das erste Heft der von Dr. W. Erman herausgegebenen Mittheilungen der „Afrikanischen Gesellschaft in Deutschland“, welche aus einer Versammlung der „deutschen Gesellschaft zur Erforschung Äquatoreal-Afrikas“ von 1873 und der 1876 gegründeten (der Brüsseler „Internationalen Afrikanischen Association“ sich anschließenden) „Deutschen Afrikanischen Gesellschaft“ entstanden ist. — Derselbe legte ferner mehrere Abdrücke eines Berichtes des Generals Baeyer an die permanente Commission der europäischen Gradmessung vor, betreffend einen Vorschlag zur Gründung eines Observatoriums zur Erforschung der terrestrischen Refraction. Besonders an Orien, in deren Nähe hervorragende hohe Berggipfel sich befinden, würden dergleichen regelmäßige Beobachtungen und Messungen sehr zu empfehlen sein, da für die Erforschung und theilweise Prognose der Witterung die Verhältnisse der oberen Luftschichten wohl ohne Zweifel noch eine eingehendere Berücksichtigung verdienen, als bisher bei den meteorologischen Beobachtungen denselben zu Theil geworden ist.

Derselbe Vortragende berichtete über das neue astrophysikalische Observatorium bei Potsdam, welches in etwa 200 Fuß Höhe über dem Spiegel der Havel auf dem Telegraphenberg dagegen (ehemaliger Station des früher von Berlin nach Köln führenden optischen Telegrafen) errichtet worden ist. Die auf die physikalischen Eigenschaften der Himmelskörper und verwandte Gegenstände gerichteten Forschungen haben durch verschiedene Entdeckungen der Neuzeit einen so erheblichen, zum Theil mit physikalischen Untersuchungen verknüpften Umfang gewonnen, daß für die hierauf bezüglichen Aufgaben die bisherigen mehr den Ortsbestimmungen der Gestirne gewidmeten Sternwarten meist nicht mehr genügende Zeit und Raum gewähren, und eine Abtrennung jener besonderen Untersuchungen bereits mehrfach und auch in anderen Ländern als nötig befunden worden ist. Besonders leiteten wichtige neuere Entdeckungen über die physikalischen Eigentümlichkeiten des Sonnenkörpers auf diesen Gedanken und der erste Plan zu dem Observatorium bei Potsdam bekränkte sich auf den einer „Sonnenwarte“ im engeren Sinne. Seit mehreren Jahrzehnten hatte man außer den allgemein in die Augen fallenden Einwirkungen der Sonne auf die Erde durch Licht und Wärme noch andere bis dahin unbekannte Beziehungen zwischen gewissen solaren und tellurischen Vorgängen bemerk. Ferner waren neben den seit der Erfindung der Fernrohre bekannten Sonnenstufen seit der totalen Sonnenfinsternis von 1842 die am Rande der Sonne sich zeigenden rothen Protuberanzen entdeckt worden, welche demnächst auch ohne totale Sonnenfinsternis zu beobachten seit 1868 Mittel gefunden wurden. Letztere wurden durch die im Jahre 1860 entdeckte Spectral-Analyse geboten, welche zugleich im Allgemeinen ganz neue Gesichtspunkte sowohl für die Beobachtung der Sonne als für die der übrigen Gestirne eröffnete und wodurch selbst Vorrichtungen über die die Weltkörper zusammenhängenden Stoffe als möglich sich zeigten. Mit Rücksicht hierauf Sonnenwarte zu dem eines auf die Erforschung der physikalischen Eigenheiten anderer Himmelskörper gerichteten Observatoriums erweitert. Es traten hierzu noch die stetigen Fortschritte der Photographie und ihrer mehr und mehr verbesserten Anwendbarkeit auch auf die Abbildungsoperationen bei dem vorliegenden Plane Bedacht zu nehmen war. Für alle diese, eine besonders reine und ungetrübte Atmosphäre erfordernde Beobachtungen war aber eine beträchtliche Entfernung von jeder großen Stadt erforderlich und ist für diesen Zweck die Wahl jener Anhöhe bei Potsdam als eine in ganz besonderem Maße geeignete zu betrachten. Außer der freien Lage und Umsicht kommt zu Gunsten derselben der sehr gewichtige Umstand hinzu, daß das betreffende Terrain inmitten eines staatlichen Forstgebietes liegt, daß demnach jede störende Ansiedlung fern gehalten werden kann, wie solche den in oder nahe bei Städten begründeten Observatorien oft schon nach wenigen Jahren nachteilig werden und ihre Existenzbedingungen gefährden können. Neben dieser günstigen Isolirung gewährt jedoch die Lage andererseits zugleich eine durchaus bequeme Verbindung mit der Außenwelt, indem das Observatorium wenig über einen Kilometer von der Bahnhofstation der Berlin-Potsdamer Eisenbahn entfernt ist, und damit die Nachtheile nur in einem geringen Grade fühlbar sein werden, welche sonst mit einer zu großen Entfernung derartiger Institute von den wissenschaftlichen Hilfsmitteln einer Universität leicht verbunden sind. — Eine Hauptchwierigkeit bei der technischen Anlage auf der genannten Anhöhe bildete die Versorgung des Instituts mit dem erforderlichen Wasserbedarf, wobei man sich nach mehrfachen Erwägungen für die Anlage eines Tiefbrunnens entschied, dessen Bau- und Betriebskosten zwar sehr erheblich sind, der jedoch nun zugleich auch wissenschaftlich für regelmäßige Temperaturbeobachtungen in verschiedenen Bodentiefen verwerthet werden kann.

Endlich bleibt noch hinzuzufügen, daß das neue Institut, in erster Linie ein astrophysikalisches, zu gleicher Zeit auch für die physikalische Erdbeschreibung, als ein Institut für Meteorologie und Erdmagnetismus, zu dienen bestimmt ist, wie solche in mehreren andern Ländern schon seit längerer Zeit gegründet worden sind, und daß auch hierfür die nötigen räumlichen und baulichen Vorkehrungen getroffen sind. Die nähere Eintrittszeit dieser bleibt jedoch einstweilen noch vorbehalten und wird für jetzt an dem Institut nur zwei astronomische Observatoren, die Herren Prof. Dr. Spörer und Dr. H. Vogel thätig. — Der Vortragende legte zum Schluss zu näherer Kenntnisnahme den neuesten Bau-Bericht über das Institut mit den darin enthaltenen Plänen vor. Auch wurden von demselben noch verschiedene Abbilddungen über die physikalischen Beobachtungen an der Sonne vorgelegt, sowie eine photographische Abbildung eines Theiles der Sonnenoberfläche, wie solche gegenwärtig auf dem gleichfalls neu eingerichteten astrophysikalischen Observatorium in Meudon bei Paris. Herr Janvier nach einem eigenhändiglichen Verfahren in besonderer Größe auszuführen gelungen ist. Galle.

Schlesische Gesellschaft für vaterländische Cultur. (Section für Obst- und Gartenbau.)

Nach erfolgter Vorlegung der eingegangenen Preisverzeichnisse wurden in der Sitzung am 29. Januar 1879 bekannt gegeben: 1) der dem Präsidium der Schlesischen Gesellschaft durch den Sekretär erstattete Generalbericht über die Thätigkeit der Section in dem Jahre 1878; 2) das Programm des Landes-Obstbauvereins für das Königreich Sachsen für die von demselben vom 13. bis 17. Februar a. c. zu Dresden abzuhandelnden Ausstellung von frischem Winterobst, Obstprodukten u. s. v.; 3) das Programm für die vom 27. bis 29. Juni a. c. zu Segeberg zu veranstaltende Ausstellung des Gartenbauvereins für die Herzogthümer Schleswig-Holstein; 4) die Anmeldung einer von dem Hannover. Gartenbauverein im Sommer von 1880 beabsichtigenden größeren Gartenbau-Ausstellung und 5) eine Empfehlung der Pennsylvania-Hand-Rasen-Mäher von Jacob Bünger und Sohn in Barnum.

Aus einem Briefe des Kunstmäisters Nitsche in Laibach wurden Mittheilungen gemacht: „Über die Cultur und Nutzung der amerikanischen Winterkresse“ und wurden vorgetragen: 1) von Herrn von Salisch auf Postel „Ausbildung von Blumenbeeten im Spätherbst“; 2) von Kunstmäister Kaske in Pöppelwitz: a. „Der Obsthau im Kreise Reichenbach in Schles.“; b. „Ein Besuch der Obsthäuser in Kötzschen“.

Sitzung am 12. Februar 1879. Der Sekretär brachte zur Kenntnis, daß die „Wiener Obst- und Gartenzeitung“ und der von der Wiener Gartenbau-Gesellschaft bisher herausgegebene „Gartenfreund“ nunmehr vereinigt als „Wiener Illustrirte Gartenzeitung“ erscheinen und im Lesezirkel kursiren wird. Auf Antrag derselben soll das in monatlichen Lieferungen erscheinende illustrierte Werk „Deutsche Pomologie“, herausgegeben von dem königlichen Garten-Inspector W. Lauche in Potsdam, angekauft und ebenfalls im Lesezirkel in Umlauf gesetzt werden.

Vorgelegt und besprochen wurde die 50. Lieferung des Obstcabinets von H. Arnoldi in Götha, dessen vorangegangene 49 Lieferungen in 249 naturgetreu aus Compositionsmasse nachgebildete verschiedene Früchte neben dem Dieterischen Obstcabinet bei der im Herbst v. J. hier statig gehabten Gartenbau- u. c. Ausstellung u. a. durch die Section ausgestellt waren und das volle Interesse in Anspruch nahmen.

Herr Junizier Hermann hielt einen längeren Vortrag: „Über den Stadtgarten zu Stuttgart“ und Herr Prof. Dr. Ferdinand Cohn widmete freundlichst zum Schlus der Sitzung ein Exemplar seines unlängst im Humboldt-Verein gehaltenen Bertrages: „Die Gärten in alter und neuer Zeit“.

In der Sitzung am 26. Februar 1879 wurde das Programm zu der am 7. Juni a. c. beginnenden Gartenbau-Ausstellung zu Straßburg im Elsass vorgelegt.

Auf ein Gesuch der Direction der Landwirtschafts-Schule zu Liegnitz: „Die Herstellung eines Schulgartens durch unentgeltliche Überlassung von Bäumen und Pflanzen oder auch Ermäßigung deren Preise zu subventionieren“, wurde zu erwidern beschlossen: daß die Section bereit sei, von den in ihrem Obstbaumgarten herangezogenen Obstbäumen und Sträuchern den etwaigen Bedarf, so weit der Vorraum reiche, mit demselben Rabatt zu überlassen, welchen sie ihren Mitgliedern gewährt und, falls es gewünscht werde, auch mit Samen einiger empfehlenswerthen Gemüse unentgeltlich zu fördern. Handelsgärtner Emmler in Frankenstein machte brieflich Mittheilungen über eine Krankheit der Primula chinensis, fl. albo pl. und Obergärtner Lorenz in Buzlau über Anzucht der Aristolochia Siphon aus Samen.

Borgelesen wurde eine längere Abhandlung des Apotheker Scholz in Türoßchin: „Über Cacteen“. C. J. Müller.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Königsberg i. Pr., 21. April. Der Minister des Innern, Graf Eulenburg, welcher der Bestattung seines Vaters in Schönbrunn beigewohnt hatte, ist von dort hier eingetroffen und bei seiner Ankunft von den Spitälern der Behörden begrüßt worden.

Frankfurt a. M., 21. April. Versammlung des Vereins für Socialpolitik. Bei der Debatte über die landwirtschaftlichen Zölle wurde der Antrag Sombart's, diesen Zölle nicht zuzustimmen, in namentlicher Abstimmung mit 52 gegen 50 Stimmen angenommen.

Wien, 21. April. Ueber den bereits gemeldeten Einfall thürsscher Armaten in den District von Kurschumja gehen der „Pol. Correspond.“ aus Belgrad noch folgende Mittheilungen zu: Gegen 1000 Armaten, darunter auch Mizams, drangen am Freitag bei Prepoljac in den Toplizer Kreis ein und besetzten Kurschumja, dessen 200 Mann starke Garnison sich vor der Uebermacht zurückziehen mußte. Fürst Milan ordnete die sofortige Entsendung von 5 Bataillonen mit 2 Batterien an. Gestern griffen die serbischen Truppen die Armaten an und verdrängten sie aus Kurschumja, doch gelang es den Armaten, sich auf den Anhöhen bei Samokovo festzusetzen, von wo aus sie heute wiederum einen Angriff machten. Bei Kurschumja verloren die Serben 4 Tote und 3 Vermundete, die Armaten 6 Tote und 7 Vermundete. Die serbische Regierung forderte die Pforte auf, reguläre Truppen nach der Grenze zu senden, widrigfalls Serbien angreifen und ohne Rücksicht auf das türkische Territorium die Armaten exemplarisch bestrafen müßte. — Weitere Meldungen der „Polit. Correspond.“: Aus Belgrad: Der englische Ministerresident Gould ist zur Überreichung seiner Creditive nach Niš abgereist. — Die belgische Regierung hat Borchgrave zum diplomatischen Vertreter in Serbien ernannt. — Aus Konstantinopel: In den armenischen und griechischen Kirchen fanden Dankgottesdienste für die Errichtung des Palastes Alexander statt. — Alije-Pascha wird heute hier erwartet.

London, 21. April. Unterhaus. Northcote antwortet Goldsmith, es sei nicht richtig, daß Wilson seine Demission bis zum Empfang einer Mittheilung der britischen Regierung verweigert habe; er antwortet Kinnaway, er habe keine Nachricht über den Beschluß des Sultans, die griechische Frage der Entscheidung Europas zu überweisen. Stanhope antwortet Dillwyn, ihm sei von einem Vormarsch nach Afghanistan nichts bekannt, es sei möglich, daß er stattgehabt habe. Die Regierung habe den Vormarsch nach Kabul weder sanctio-nirt noch beordert.

Moskau, 21. April. Der Fluß Moskwa ist ausgetreten; die benachbarten Ortschaften sind überschwemmt. Ein Theil des Gartens beim Kreml und zwei Stadttheile von Moskau stehen unter Wasser, welches die niederen Etagen übersteigt. In einigen Häusern wurden die Familien kaum gerettet. Der Schaden ist groß. Das Wasser steigt.

Madrid, 21. April. Nach dem bisher bekannt gewordenen Resultate der Wahlen zu den Cortes wurden 7 Progressisten, 32 konstitutionelle und 220 ministerielle Deputierte gewählt. Unter den Gewählten befinden sich Sagasta und Castellar. Viele Wähler haben sich nicht an der Wahl beteiligt.

Petersburg, 21. April. Heute wurde an den Straßenecken eine Verordnung des provisorischen Generalgouverneurs Gurko angeschlagen, welche folgende Sicherheitsmaßregeln anordnet: An der Pforte jedes Hauses in Petersburg soll am Tage sowie in der Nacht ein Hauswächter den Dienst versehen. Die Hauswächter sollen darauf achten, daß nirgends Placate ohne die bezügliche Erlaubniß angeschlagen werden, daß auf den Straßen keine Schaden bringende Gegenstände versprengt werden, wobei Personen, welche solches thun, von dem Hauswächter verhaftet werden müssen. Im Falle der Nichterfüllung dieser Pflichten unterliegen die Hauswächter einer Geldstrafe von 25 Rubel oder siebenjähriger Haft beim ersten Male und der Ausweisung aus der Stadt beim zweiten Male. Hausbesitzer, deren Hauswächter bei der Pforte nicht den Dienst machen, unterliegen einer Geldstrafe von 500 Rubel. Obige Regeln treten drei Tage nach der Veröffentlichung in Kraft. Dieselbe Verordnung verfügt: Alle Waffenhändler sollen in sieben Tagen dem Stadthauptmann ein Verzeichnis sämtlichen

Inhalts ihrer Magazine, Buden und Lager einreichen. Feuerwaffen, andere Waffen und Patronen dürfen fortan nur gegen Einreihung eines vom Stadthauptmann ausgestellten Erlaubnißscheins verkauft werden. Die Nichterfüllung dieser Verfügung führt das Verbot des Handels nach sich. So lange kein Waarenverzeichniß eingereicht ist, wird der Waffenverkauf ohne Entgegennahme des Erlaubnißscheins beim ersten Mal durch eine Geldstrafe bis 500 Rubel, beim zweiten Mal durch Confiscation der Waaren und gänzliches Verbot des Handels bestraft. Privatpersonen, welche Feuerwaffen besitzen, sind verpflichtet, die Polizeibehörden davon in Kenntniß zu setzen, worauf nur solche Personen die Waffen behalten dürfen, welchen dies vom Stadthauptmann erlaubt wird. Personen, welche Waffen ohne solche Erlaubniß behalten, unterliegen außer der Confiscation der Waffen einer Geldstrafe bis 500 Rubel oder fünfmonatlicher Haft.

Telegraphische Privat-Depesche der Breslauer Zeitung.

Warschau, 21. April. Sonnabend Nachts wurden in Folge des Belagerungszustandes umfassende Haussuchungen vorgenommen. 18 Personen wurden verhaftet und bei der Revision Correspondenzen mit russischen Nihilisten und Agitatoren entdeckt. Der Oberbürgermeister, General Butlerin und der Generalgouverneur, Graf Koebele, erhielten Drohbriefe.

Militär-Wochenblatt.] Vilse, charakterirter Portepee-Jähnrich vom Niederschlesischen Fuß-Artillerie-Regiment Nr. 5, zum Portepee-Jähnrich, befördert. v. Obernitz, Gen.-Lt. und Commdr. der 14. Div. unter Beläßt in seinem Verhältniß als Gen.-Adjut. Sr. Majestät des Kaisers u. Königs, zum commandirenden General des XIV. Armeecorps ernannt. Jürn, Sec.-Lt. von der Landw.-Inf. des 2. Bats. (Liegnitz) 2. Westpreuß. Landw.-Regts. Nr. 7, zum Pr.-Lt. Bojanowski, Bicefeldw. vom 2. Bat. (Bohla) 1. Schles. Landw.-Regts. Nr. 10, zum Sec.-Lt. der Inf. des 4. Polen. Inf.-Regts. Nr. 59, Denwald, Bicefeldw. vom 2. Bat. (Beuthen) 2. Oberschles. Landw.-Regts. Nr. 23, zum Sec.-Lt. der Inf. des 7. Thüring. Inf.-Regts. Nr. 96, Scholz, Bicefeldw. von dems. Bat. zum Sec.-Lt. der Landw.-Inf. befördert. v. Bernhardi, Gen.-Lt. und Commdr. der 2. Div. in Genehmigung seines Abschiedsgesuches mit Pens. v. Gravert, Gen.-Major uno Commdr. der 12. Inf.-Brig. in Genehmigung seines Abschiedsgesuches als Gen.-Lt. mit Pens. v. Neumann, Gen.-Major und Commdr. von Reisse, in Genehmigung seines Abschiedsgesuches mit Pens. zur Disposition ge stellt. Braune, Major vom 8. Brandenburg. Inf.-Regts. Nr. 64 (Prinz Friedrich Carl von Preußen), als Oberlt. mit Pens. und der Unif. des Anhalt. Inf.-Regts. Nr. 93, v. Reedecker, Major und etatsmäßiger Stabs-offiz. vom 2. Brandenburgischen Dragoner-Regiment Nr. 12, als Oberlt. mit Pens. und der Unif. des Garde-Kür.-Regts. der Abschied genehmigt. Dalmier, Oberlt. z. D. zuletzt Bez.-Commdr. des 1. Bats. (Rawitsch) 4. Posen. Landw.-Regts. Nr. 59, die Genehmigung zur Anlegung der von ihm früher getragenen Unif. des 5. Brandenburg. Inf.-Regts. Nr. 48 ertheilt. Kreyl, Major z. D. zuletzt etatsm. Stabs-offiz. im Pomm. Fuß-Art.-Regt. Nr. 2, unter Wiederberleih. der Aussicht auf Anstellung im Cibildienst, mit der Erlaubniß zum fernerer Tragen der Unif. des gedachten Regts., in die Kategorie der verabsetzt. Offiz. zurückversetzt. Krüdeberg, Major vom 6. Westfäl. Inf.-Regt. Nr. 55, mit Pens. nebst Aussicht auf Anstellung im Cibildienst und der Regts.-Unif. der Abschied genehmigt. Brill, v. Hanstein, Oberlt. vom 1. Rhein. Inf.-Regt. Nr. 25, mit Pension nebst Aussicht auf Anstellung im Cibildienst und der Regts.-Unif. v. Lützen, Fuß-Art.-Regt. Nr. 2, unter Wiederberleih. der Aussicht auf Anstellung im Cibildienst, mit der Erlaubniß zum fernerer Tragen der Unif. des gedachten Regts., in die Kategorie der verabsetzt. Offiz. zurückversetzt. Krüdeberg, Major vom 6. Westfäl. Inf.-Regt. Nr. 55, mit Pens. nebst Aussicht auf Anstellung im Cibildienst und der Unif. der Abschied genehmigt. Brill, v. Hanstein, Oberlt. vom 1. Rhein. Inf.-Regt. Nr. 25, mit Pension nebst Aussicht auf Anstellung im Cibildienst und der Regts.-Unif. v. Lützen, Fuß-Art.-Regt. Nr. 2, unter Wiederberleih. der Aussicht auf Anstellung im Cibildienst, mit der Erlaubniß zum fernerer Tragen der Unif. des gedachten Regts., in die Kategorie der verabsetzt. Offiz. zurückversetzt. Krüdeberg, Major vom 6. Westfäl. Inf.-Regt. Nr. 55, mit Pens. nebst Aussicht auf Anstellung im Cibildienst und der Unif. der Abschied genehmigt. Brill, v. Hanstein, Oberlt. vom 1. Rhein. Inf.-Regt. Nr. 25, mit Pension nebst Aussicht auf Anstellung im Cibildienst und der Regts.-Unif. v. Lützen, Fuß-Art.-Regt. Nr. 2, unter Wiederberleih. der Aussicht auf Anstellung im Cibildienst, mit der Erlaubniß zum fernerer Tragen der Unif. des gedachten Regts., in die Kategorie der verabsetzt. Offiz. zurückversetzt. Krüdeberg, Major vom 6. Westfäl. Inf.-Regt. Nr. 55, mit Pens. nebst Aussicht auf Anstellung im Cibildienst und der Unif. der Abschied genehmigt. Brill, v. Hanstein, Oberlt. vom 1. Rhein. Inf.-Regt. Nr. 25, mit Pension nebst Aussicht auf Anstellung im Cibildienst und der Regts.-Unif. v. Lützen, Fuß-Art.-Regt. Nr. 2, unter Wiederberleih. der Aussicht auf Anstellung im Cibildienst, mit der Erlaubniß zum fernerer Tragen der Unif. des gedachten Regts., in die Kategorie der verabsetzt. Offiz. zurückversetzt. Krüdeberg, Major vom 6. Westfäl. Inf.-Regt. Nr. 55, mit Pens. nebst Aussicht auf Anstellung im Cibildienst und der Unif. der Abschied gene

Kleesamen schwächer Umsatz, rother rubig, pr. 50 Kilogr. 28—33—33
bis 41 Mark, — weißer ohne Frage, pr. 50 Kilogr. 30—33—45—55 Mark,
hochfeiner über Notia.

Schweinefett ruhig, pr. 50 Kilogr. 12,50—14—17—19,50 Mark.
Mehl ohne Veränderung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 24,00—26,00
Mark, Roggen fein 19,00—20,00 Mark, Haussboden 17,50—18,50 Mark.
Roggen-Futtermehl 7,70—8,70 Mark, Weizenkleie 6,80—7,30 Mark.

Heu 2,80—3,00 Mark pr. 50 Kilogr.
Roggenstroh 18,00—21,00 Mark pr. Schöck à 600 Kilogr.

Berliner Börse vom 21. April 1879.

Fonds- und Geld-Course.

	Wechsel-Course.
Deutsche Reichs-Anl. 4	98,30 bz
Consolidierte Anleihe 4	100,90 bz
do. do. 1876 4	98,50 bz
Staats-Anleihe 4	98,20 bz
Staats-Schuldschein 3½	92,00 bz
Präm.-Anleihe v. 1855 3½	103,70 bz
Berliner Stadt-Oblig. 4	102,90 bz
Pommersche 4	98,60 bz
do. 4	97,90 bz
Possensche neue 4	97,00 bz
Sächsische 4	98,60 bz
Landschaft Central 4	97,20 bz
Kur- u. Neumärk. 4	97,90 bz
Pommersche 4	97,80 bz
Possensche 4	97,50 G
Preußische 4	97,60 bz
Westfäl. u. Rhein. 4	99,00 bz
Sächsische 4	98,10 bz
Badische Präm.-Anl. 4	125,50 bz
Bayerische 40% Anleihe 4	129,40 bz
Cöln-Mind. Prämienmensch 3½	125,00 bz
Sächs. Kente von 1876 3	75,10 bz

Hypotheken-Certificate.

	Eisenbahn-Stamm-Aktionen.
Krupp'sche Partial-Ob. 5	110,25 G
Unkb.Pfd. d. Pr.Hyp.-B. 4½	98,25 bzG
do. do. 4½	102,50 bz
Deutsche Hyp.-B.-Pfd. 4½	96,00 bzG
do. do. 4½	102,50 bz
Künd. br. Cent.-Bod.-Cr. 4½	101,50 G
Unkb. do. (1872) 5	102,96 bz
do. rückab. a 116 5	100,25 G
do. do. 4½	102,70 G
Unk.H.D.Pr.Brd.-Crd. 5	102,96 bzG
do. III Em. 5	102,96 bzG
Kün. d. Hyp. Schuld. do. 5	94,00 bz
Hyp.-Anth. Nord-G.C.-B. 5	95,00 bz
do. do. Pfandb. 5	95,00 bz
Pomm. Hyp.-Briefe 5	99,00 bz
do. II. Em. 5	91,75 bzG
Goth. Präm.-Pf. I. Em. 5	112,80 bz
do. II. Em. 5	109,75 bz
do. 50% Pfr. Kzbl.m. 10 5	101,75 bzG
do. 4½ do. Em. 110 4½	96,50 bzG
Meiningen Präm.-Pfd. 5	114,40 G
Schles. Bodencr.-Pfd. 5	102,40 G
Büd. Bod.-Cred.-Pfd. 5	98,80 G
Büd. Bod.-Cred.-Pfd. 5	104,20 bz
do. do. 4½% 4½	98,75 G

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. 1½% 7/4	66,75 bzB
do. 1½-1½% 7/4	56,75 bzG
do. Goldrente 4	66,96 bz
do. Papierrente 4½	66,25 bz
do. 5½ Präm.-Anl. 4	109,75 G
do. 5½ Präm.-Anl. 4	115,15 bzB
do. Credit-Loope 4	91,00 bzG
do. 6½ L. 4	29,00 bz
Oest. Präm.-Anl. 6	144,25 bz
do. do. 1868 6	142,00 G
do. Orient-Anl. 1877 5	36,20 bzG
do. II. do. 1878 5	56,20 bzG
do. Bod.-Cred.-Pfd. 5	15,50 bz
do. Cest.-Bod.-Cr.-Pfd. 5	77,90 bz
do. do. 4½% 5	82,75 bz
Oest. Poln.Schätz.-Obl. 5	103,75 bz
do. Stargard - Posener 5	103,75 bz
do. do. 4½% 5	103,75 bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Aktionen.

Berlin-Dresden 0	25,50 bzB
Berlin-Görlitzer 0	43,75 bzG
Breisach-Warschau 0	33,50 G
Halle-Sorau-Gub. 0	43,80 bzG
Hannover-Altenb. 0	29,60 bzB
Kohlfurt-Falkenb. 0	15,75 bzG
Märkisch.-Posener 4½	91,00 bzG
Magdeburg-Halberst. 3½	81,10 bzG
Oest. Nordwestb. 0	214,50 bzG
Oest. Süd. (Lomb.) 0	119,00 bz
Ostpreuss. Süd. 0	51,60 bzG
Rechte-O.-U.-B. 6½	119,60 bzG
Coburg-Cred. Bank 4	40,20 bzB
Rheinisch.-Pard. 7	111,25 bz
do. Lit. B. (40% gar.) 4	68,20 bz
Rhein-Nahe-Bahn 0	9,60 bz
Rümän. Eisenbahn 2	30,70 bzB
Schweiz-Westbahn 0	17,25 bzG
Stargard - Posener 4½	162,90 G
Thüringer L. A. 7½	129,50 bz
Warschau-Wien. 5	45,50-57,00

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Aktionen.

Berlin-Dresden 0	25,50 bzB
Berlin-Görlitzer 0	43,75 bzG
Breisach-Warschau 0	33,50 G
Halle-Sorau-Gub. 0	43,80 bzG
Hannover-Altenb. 0	29,60 bzB
Kohlfurt-Falkenb. 0	15,75 bzG
Märkisch.-Posener 4½	91,00 bzG
Magdeburg-Halberst. 3½	81,10 bzG
Oest. Nordwestb. 0	214,50 bzG
Oest. Süd. (Lomb.) 0	119,00 bz
Ostpreuss. Süd. 0	51,60 bzG
Rechte-O.-U.-B. 6½	119,60 bzG
Coburg-Cred. Bank 4	40,20 bzB
Rheinisch.-Pard. 7	111,25 bz
do. Lit. B. (40% gar.) 4	68,20 bz
Rhein-Nahe-Bahn 0	9,60 bz
Rümän. Eisenbahn 2	30,70 bzB
Schweiz-Westbahn 0	17,25 bzG
Stargard - Posener 4½	162,90 bz
Thüringer L. A. 7½	129,50 bz
Warschau-Wien. 5	45,50-57,00

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Aktionen.

Berlin-Dresden 0	25,50 bzB
Berlin-Görlitzer 0	43,75 bzG
Breisach-Warschau 0	33,50 G
Halle-Sorau-Gub. 0	43,80 bzG
Hannover-Altenb. 0	29,60 bzB
Kohlfurt-Falkenb. 0	15,75 bzG
Märkisch.-Posener 4½	91,00 bzG
Magdeburg-Halberst. 3½	81,10 bzG
Oest. Nordwestb. 0	214,50 bzG
Oest. Süd. (Lomb.) 0	119,00 bz
Ostpreuss. Süd. 0	51,60 bzG
Rechte-O.-U.-B. 6½	119,60 bzG
Coburg-Cred. Bank 4	40,20 bzB
Rheinisch.-Pard. 7	111,25 bz
do. Lit. B. (40% gar.) 4	68,20 bz
Rhein-Nahe-Bahn 0	9,60 bz
Rümän. Eisenbahn 2	30,70 bzB
Schweiz-Westbahn 0	17,25 bzG
Stargard - Posener 4½	162,90 bz
Thüringer L. A. 7½	129,50 bz
Warschau-Wien. 5	45,50-57,00

Eisenbahn-Prioritäts-Aktionen.

Berlin-Dresden 0	25,50 bzB
Berlin-Görlitzer 0	43,75 bzG
Breisach-Warschau 0	33,50 G
Halle-Sorau-Gub. 0	43,80 bzG
Hannover-Altenb. 0	29,60 bzB
Kohlfurt-Falkenb. 0	15,75 bzG
Märkisch.-Posener 4½	91,00 bzG
Magdeburg-Halberst. 3½	81,10 bzG
Oest. Nordwestb. 0	214,50 bzG
Oest. Süd. (Lomb.) 0	119,00 bz
Ostpreuss. Süd. 0	51,60 bzG
Rechte-O.-U.-B. 6½	119,60 bzG
Coburg-Cred. Bank 4	40,20 bzB
Rheinisch.-Pard. 7	111,25 bz
do. Lit. B. (40% gar.) 4	68,20 bz
Rhein-Nahe-Bahn 0	9,60 bz
Rümän. Eisenbahn 2	30,70 bzB
Schweiz-Westbahn 0	17,25 bzG
Stargard - Posener 4½	162,90 bz
Thüringer L. A. 7½	129,50 bz
Warschau-Wien. 5	45,50-57,00

Bank-Papiere.

Alg. Deu. Hand.-G. 2	26,50 G
Anglo Deutsche Bk. 0	4
Berl. Kassen-Vcr. 8½	180,00 G
Berl. Handels-Ges. 0	60,00 bzG
Brl. Prd.-u.-Hdls.-B. 6	67,50 bzG
Goth. Grundcredb. 8	82,10 bz
Bresl. Disc.-Bank. 3	70,60 bzG
Bresl. Wesseler Bk. 5½	80,00 bzG
Coburg-Cred. Bk. 5	70,50 bz
Danziger Priv.-B. 0	109,00 bz
Darmst. Credibk. 6½	122,75 bzG
Darmst. Zettelb. 5½	102,50 G
Deutsche Bank 6	169,20 bz
do	